

Geschäftsbericht
2025

Gemeinsam mehr möglich machen

DEINE GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank

München

Die Sparda-Bank München ist für Sie da



Ihr Kontakt zu uns:

Zentrale:
 Arnulfstraße 15 · 80335 München

Internet:
www.sparda-m.de

E-Mail:
info@sparda-m.de

SpardaService-Telefon:
 089 55142-400

Inhalt

Grußwort des Vorstands	3	Lagebericht	16
Gemeinsam wachsen – mit Mensch und Region	4	Bericht des Aufsichtsrats	29
Genossenschaftsbank: Gut für alle	6	Jahresbilanz	32
Kennzahlen im Überblick	15	Bestätigungsvermerk	50

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern überwiegend die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung. Fotnachweis Titel/Rückseite: iStock – YakobchukOlana.

Der Geschäftsbericht 2025 der Sparda-Bank München eG ist auf 100 Prozent Recyclingpapier, das den Blauen Engel trägt, gedruckt. Wir drucken mit finanziellem Klimabeitrag. Die CO₂-Emissionen des Drucks werden damit ausgeglichen, indem wir in ein Klimaprojekt einzahlen.

Liebe Leserinnen und Leser,

2025 war für unsere Sparda-Bank München ein Jahr, das uns viel abverlangt und zugleich gezeigt hat, was wir gemeinsam leisten können. Große Veränderungen, insbesondere die erfolgreiche Migration zur Atruvia sowie die Einführung neuer digitale Produkte und Services, haben uns intensiv gefordert. Dieser Weg war anspruchsvoll, aber er hat uns alle enger zusammengeschweißt und eine wichtige Grundlage für die Zukunft geschaffen.

Gleichzeitig bewegen wir uns in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld. Umso bedeutender ist es, dass wir Stabilität bewahren, Vertrauen sichern und unsere Position als verlässliche genossenschaftliche Bank weiter festigen konnten. Unsere Bilanzsumme entwickelte sich solide. Das ist das Ergebnis engagierter Arbeit, klarer Entscheidungen und eines starken Teamgeists.

Besonders wichtig war uns, dass wir bei aller Veränderung unserer Haltung treu geblieben sind: der Nähe zur Kundschaft, der Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern und einem respektvollen Miteinander in unseren Teams. Diese Werte haben uns durch das Jahr getragen.

Mit großer Trauer haben wir Anfang 2026 Abschied von unserem geschätzten Vorstandskollegen Peer Teske genommen, der die positiven Entwicklungen maßgeblich mit vorangetrieben hat. Sein Engagement und seine Verbundenheit mit unserer Bank bleiben uns in dankbarer Erinnerung.

Aus den Erfolgen des vergangenen Jahres schöpfen wir Zuversicht. Wir gehen unseren Weg weiter – verantwortungsvoll, gemeinschaftlich und mit dem klaren Ziel, auch künftig mit den Menschen und der Region zu wachsen.

Herzlich – Ihr Vorstand



Georg Spenger
(Mitglied des Vorstands
seit 01.03.2026)

Peter Berger
(Vorstandsvorsitzender)

Joachim Gorny
(Mitglied des Vorstands)

Unsere Mission

Gemeinsam wachsen – mit Mensch und Region

Wir sind die genossenschaftliche Bank für die Menschen und die Region und Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank.

Wir bieten faire, verständliche und nachhaltige Finanzlösungen – persönlich, digital und vor Ort. So schaffen wir Mehrwert für unsere Mitglieder, unsere Kundinnen und Kunden sowie für Gesellschaft und Umwelt.



Unsere Werte – unsere Bank

Genossenschaftsbank: Gut für alle

Als Genossenschaftsbank steht die Sparda-Bank München für eine besondere Form des Wirtschaftens:

Wir gehören unseren Mitgliedern, handeln langfristig und übernehmen Verantwortung für die Region. Dieser Anspruch prägt unser tägliches Tun – in unseren Entscheidungen, in der Beratung und im Engagement für Menschen, Umwelt und Gemeinwohl.

Gut für unsere Mitglieder



Gut für unsere Kundinnen und Kunden



Auf den folgenden Seiten zeigen wir, wie wir unsere Werte im vergangenen Jahr gelebt haben: für Mitglieder, Kundinnen und Kunden, Mitarbeitende, die Region sowie Klima und Umwelt.

Gut für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Gut für unsere Umwelt



Gut für unsere Region





Gut für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns. Für uns ist niemand nur eine Zahl.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Herz unserer Genossenschaftsbank. Wir schaffen ein Arbeitsumfeld, das von Wertschätzung, Vertrauen und Teamgeist geprägt ist. Klare Werte, offene Kommunikation und die Möglichkeit, sich fachlich wie persönlich weiterzuentwickeln, bilden dafür die Grundlage. So entsteht eine Unternehmenskultur, in der Menschen Verantwortung übernehmen, gerne zusammenarbeiten und sich mit ihrer Bank identifizieren – zum Nutzen unserer Kundschaft und unserer Gemeinschaft.

Beim gemeinsamen Kochevent hat die Sparda-Bank München langjährige Mitarbeitende für 10, 20, 30 und 40 Jahre Zugehörigkeit geehrt.

In lockerer Atmosphäre wurde gemeinsam gekocht, gelacht und vor allem Danke gesagt. Kolleginnen und Kollegen aus Filialen sowie der Zentrale kamen miteinander und mit dem Vorstand ins Gespräch. Der Abend zeigte einmal mehr, wie sehr Wertschätzung, Zusammenhalt und persönliche Begegnung unsere Unternehmenskultur prägen.



Im September 2025 durften wir 20 neue Auszubildende bei uns willkommen heißen.

Während ihrer Lehrzeit werden sie auf dem Weg zum Abschluss als Bankkauffrau und Bankkaufmann intensiv begleitet und betreut. Nach bestandener Abschlussprüfung beginnt für die jungen Leute ihr weiterer Berufsweg bei uns. Das schafft Sicherheit für beide Seiten, denn wir bilden gezielt nach Bedarf aus.



Gut für unsere Kundinnen und Kunden

„Was ist Dein Aber?“
Was bremst den Traum vom Eigenheim? Die breit angelegte Kampagne hat die Baufinanzierung konsequent aus Sicht unserer Kundinnen und Kunden gedacht.

Im Mittelpunkt standen typische Zweifel auf dem Weg zum Eigenheim, etwa fehlendes Eigenkapital, unsichere Lebenssituationen oder Respekt vor langfristigen Verpflichtungen. Die Kampagne lud dazu ein, Fragen offen mit uns zu besprechen, positionierte uns als verlässlichen Partner auf dem Weg ins Eigenheim und stärkte zugleich unsere Markenbekanntheit.

Im Mittelpunkt unseres Handelns stehen die Menschen, die uns ihr Vertrauen schenken. Wir begleiten sie mit persönlicher Beratung – digital und vor Ort.

Unser Anspruch ist es, zuzuhören, individuelle Bedürfnisse zu verstehen und langfristige Wege zu finden, die wirklich passen. So entsteht eine Bankbeziehung, die von Verlässlichkeit, Transparenz und echter Nähe geprägt ist.



Die Umstellung auf ein neues Kernbanksystem und die Einführung von M365 hat 2025 nicht nur enorme Datenmengen bewegt, sondern stellt auch die Weichen für die Zukunft – für noch besseren Service, neue Produkte und zufriedene Kundinnen und Kunden.



Gut für unsere Region

In Oberbayern verwurzelt, verstehen wir uns als aktiven Teil der Region. Wir kennen die Menschen und die Herausforderungen vor Ort – und übernehmen Verantwortung über das Bankgeschäft hinaus. Mit Spenden, Förderprojekten und Engagement vor Ort tragen wir dazu bei, dass wirtschaftliche Stärke auch der Gemeinschaft zugutekommt.

Der Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e. V. verbindet Sparen, Gewinnen und Helfen auf genossenschaftliche Weise.

Die Mitglieder legen regelmäßig kleine Beträge zurück, sichern sich Gewinnchancen und unterstützen gleichzeitig indirekt soziale, kulturelle oder ökologische Projekte in der Region. Ein Teil der Loseinnahmen fließt direkt in gemeinnützige Initiativen vor Ort. So entsteht mit jedem Los ein doppelter Mehrwert: für die Mitglieder, die sparen und gewinnen und für das gesellschaftliche Engagement in Oberbayern.



Fleißig gespart:

23 Mio. Euro

haben Mitglieder
im Gewinn-Sparverein
gespart.

Große Gewinnfreude:

4,4 Mio. Euro

haben im Jahr 2025 unsere vielen glücklichen
Gewinnsparerinnen und Gewinnsparer
gewonnen.

Gemeinwohl-Feste verbinden Dankbarkeit mit sozialem Engagement und unterstreichen, wie stark unsere Filialen über Jahrzehnte Teil der örtlichen Gemeinschaft geworden sind.

Langjährige Präsenz vor Ort ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses. 2025 feierte Mühldorf am Inn das 31. Jubiläum, 27 Jahre waren es in Weihllheim, je 25 Jahre in Fürstentfeldbruck und Olching und 20 Jahre in Treuchtlingen.



»» Oberbayern ist mehr als ein Geschäftsgebiet – es ist unser Zuhause. ««

Gemeinsam fördern:

2,4 Mio. Euro

Spenden gingen dank unserer Mitglieder im Gewinn-Sparverein an gemeinnützige Projekte in unserer Region.

An die Gemeinschaft zurückgeben

2025 haben wir über 500 gemeinnützige Einrichtungen und Projekte in Oberbayern aus den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Umwelt, Tierschutz und Sport mit Spenden unterstützt.



Gut für unsere Mitglieder

Mitglied sein heißt mitgestalten, mitentscheiden, mitprofitieren.

Als Genossenschaftsbank gehören wir unseren Mitgliedern, nicht anonymen Kapitalgebern. Sie bestimmen über gewählte Vertreterinnen und Vertreter mit, profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg und sind Teil der Bank. Mitgliedschaft bedeutet bei uns mehr als ein Anteil: Sie schafft Mitbestimmung, Transparenz und eine langfristige Ausrichtung am gemeinsamen Nutzen. So entsteht finanzielle Teilhabe ebenso wie echte Verbundenheit.

Seit unserer Gründung handeln wir im Interesse unserer Gemeinschaft - mit dem Ziel, wirtschaftlichen Erfolg mit Verantwortung zu verbinden.

Was wir erwirtschaften, bleibt nicht im System, sondern wird zurückgegeben: als Dividende, als Investition in Beratung, Infrastruktur und digitale Angebote sowie als Beitrag zu sozialen, ökologischen und regionalen Projekten. So bleibt unsere Bank nah an den Menschen, denen sie gehört, und entwickelt sich im Sinne ihrer Gemeinschaft stetig weiter.



» Es wird nicht nur geredet, es wird angepackt – für die Gemeinschaft. «

Im Rahmen des Münchner Klimaherbstes diskutierten wir mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Genossenschaften die Rolle unseres Modells in Zeiten von Klimakrise und gesellschaftlicher Spaltung.

Deutlich wurde: Genossenschaften verbinden wirtschaftliche Tragfähigkeit mit sozialer Verantwortung, schaffen Raum für Mitbestimmung und stärken den Zusammenhalt.



Gut für unsere Umwelt

Wir denken langfristig – auch ökologisch.

Wir übernehmen Verantwortung für Klima und Umwelt, indem wir ressourcenschonend wirtschaften und Umweltinitiativen und nachhaltige Projekte in der Region unterstützen.

Teil unseres Handels: Seit 2015 pflanzen wir im Rahmen der Aktion „Wir machen Wald“ für jedes neue Mitglied unserer Bank einen Baum. Rund 100.000 Bäume sind so bereits in Oberbayern gesetzt worden. Bei unserer Pflanzaktion im Herbst 2025 haben uns unsere Auszubildenden tatkräftig unterstützt (siehe Bild unten).

Ob durch aktives Anpacken vor Ort oder finanzielles Engagement: Wir wollen dazu beitragen, dass auch kommende Generationen in einer lebenswerten Umwelt zuhause sind.



Die Vertreter- versammlung

Am 25. Juni 2025 fand die 91. ordentliche Vertreterversammlung der Sparda-Bank München statt. 169 Vertreterinnen und Vertreter nahmen stellvertretend für rund 257.995 Mitglieder teil (Stand: Jahresabschluss 2024). Sämtliche Beschlüsse wurden mit Mehrheit gefasst, Vorstand und Aufsichtsrat entlastet.



Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Er wird zu zwei Dritteln von der Vertreterversammlung gewählt. Gemäß Drittelbeteiligungsgesetz wird ein Drittel aus der Belegschaft gestellt und von dieser gewählt. Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG von links: Thorsten Weinert (stellv. Vorsitzender), Bettina Hinterseer, Oliver Edelmann, Berthold Ottmann (Vorsitzender), Norbert Zänkert, Christian Kaffl, Kurt Dobrauer, Peter Nitschmann und Sabine Beier.

In dankbarer Erinnerung an Peer Teske



Im Januar 2026 mussten wir Abschied von unserem Vorstand Peer Teske nehmen. Mit großem Einsatz, Weitblick und klarer Haltung hat er unsere Bank intensiv mitgestaltet. Sein Wirken und seine Persönlichkeit werden uns in dankbarer Erinnerung bleiben.



Kennzahlen im Überblick

Geschäftsjahr		2025	2024	Veränderung
Bilanzsumme	Mio. EUR	9.266	9.189	+0,8 %
Geschäftsvolumen	Mio. EUR	13,5	13,5	+0,3 %
Einlagen	Mio. EUR	7.999	7.983	+0,2 %
Kredite	Mio. EUR	5.212	5.185	+0,5 %
Mitglieder	Anzahl	249.174	257.995	-3,4 %
Kundinnen und Kunden	Anzahl	326.587	349.610	-6,6 %
Spendensumme Gewinn-Sparverein	Mio. EUR	2,4	2,0	+19,0 %
Filialen	Anzahl	33	33	+/-0,0 %
Mitarbeitende	Anzahl	762	749	+1,7 %
Auszubildende	Anzahl	49	43	+14,0 %

Unsere Auszeichnungen



Informationen zu den Auszeichnungen finden Sie unter www.sparda-m.de

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Sparda-Bank München eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank München eG wurde 1930 in der Rechtsform der Genossenschaft gegründet. Unser Geschäftsgebiet liegt im Wesentlichen in Oberbayern. Ziel des wirtschaftlichen Handelns unseres Unternehmens ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder.

Unser Leitbild wird geprägt von den Werten und Grundprinzipien der Bank. Als Genossenschaftsbank tragen wir eine besondere Verantwortung. Jedes Mitglied ist durch seine Einlage gleichzeitig auch Teilhaber der Bank und damit Eigentümer.

Im Mittelpunkt unseres Handelns steht der Kunde. Wir wollen langfristige und faire Geschäftsbeziehungen mit unseren Kunden und Mitgliedern pflegen. Wir verstehen uns als attraktiven und wertschätzenden Arbeitgeber. Wir sind politisch neutral und gemeinwohlorientiert.

Als erste Gemeinwohl-Bank in Deutschland engagieren wir uns besonders für eine nachhaltige Unternehmensführung. Der Grundgedanke des Genossenschaftswesens ist von der Idee der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder geprägt und ist auf einen nachhaltigen Erfolg der Genossenschaft zum Wohle der Gemeinschaft ausgerichtet. Unter „nachhaltigem Finanzwesen“ verstehen wir jede Form von Aktivität, die die Kriterien Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung ausgewogen in die Geschäfts- und Investitionsentscheidungen der Bank integriert. Als Genossenschaftsbank für private Kunden sind wir für unsere Kunden und Mitglieder eine Direktbank mit Filialen. An 33 Filialstandorten sind die Mitarbeitenden der Bank persönlich für die Kunden da. Darüber hinaus können die Kunden 22 SB-Center für die Bargeldversorgung nutzen. Zum Kerngeschäft der Sparda-Bank München eG gehören alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kunden. Hierzu zählen die Finanzierung von privatem Wohneigentum, der Zahlungsverkehr und das Einlagengeschäft sowie das Vermittlungsgeschäft im Wertpapier-, Versicherungs- und Bausparbereich.

Die Organe der Bank bestehen aus der Vertreterversammlung (227 Mitglieder), dem Aufsichtsrat (9 Mitglieder, davon 3 Arbeitnehmervertreter) und dem Vorstand (3 Vorstandsmitglieder). Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

Entwicklung der Gesamtwirtschaft:

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,4 % etwas stärker zu als 2024 (+0,5 %), auch wegen nachlassender Inflationssorgen. Angesichts der hohen Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung entfaltete das Ausgabenwachstum dennoch nur wenig Dynamik. Schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze wirkten ebenfalls dämpfend auf den Privatverbrauch.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates abermals stärker, wenn auch mit 1,5 % nur geringfügig. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,0 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Anlageinvestitionen

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Aus-

rüstungsinvestitionen (-2,3 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,9 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten.

Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen.

Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um moderate 0,5 % und verringerten das preisbereinigte Wirtschaftswachstum um geringfügige 0,1 Prozentpunkte. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststätendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Entwicklung der Finanzmärkte:

Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz hoher politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle, vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichener Inflationsausblick. Im Euroraum liegt die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erweist sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 liegt diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0-%-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden.

In den USA erweist sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal-Consumption-Expenditure-(PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf seitwärts und lag im November 2025 bei 2,8 %. Die Kerninflation lag zuletzt ebenfalls bei 2,8 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine nennenswerte Verbesserung eingetreten und die Inflation befindet sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählt hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 liegt der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verweist die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen lassen.

Für Verunsicherung sorgen die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration fordert offene deutliche Zinsschritte und versucht, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau der geldpolitisch relevanten Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit liegt der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken scheinen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestehen etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euro, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestehen durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Abbau der Anleihebestände bei der EZB wurde fortgesetzt

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen Euro.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führen. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve.

Die Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich bei etwa 2,7 % einpendelte. Dort verblieb sie mit geringen Schwankungen etwa über den weiteren Jahresverlauf und schloss das Jahr bei 2,85 % ab. Die Zinsaufschläge zu Bundesanleihen für französische Papiere liegen durch die politisch instabile Lage in Frankreich bei etwa 70 Basispunkten. Damit liegen sie seit längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die sich zum Jahresende auf etwa 65 Basispunkte eingependelt haben.

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

Die Renditen amerikanischer und britischer Anleihen entwickelten sich ähnlich wie im Euroraum, allerdings auf höherem Niveau. Zehnjährige US-Anleihen starteten mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verläuft – gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren – für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und liegt für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notieren 30-jährige Papiere in Deutschland etwa 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA beläuft sich der Aufschlag auf knapp

70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Die Zinsaufschläge stiegen in diesem Zusammenhang sprunghaft und nachhaltig an.

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanischen „Befreiungstag“ im April sorgten für eine deutliche und nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb.

Zum Jahresschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die erratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

II.2 Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Planung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamen Leistungsindikator für eine auskömmliche Ertragslage verwenden wir die Vermögensrendite (nachfolgend "ROA"). Diese errechnet sich aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit zuzüglich der Zuführung zu den §340f HGB-Reserven und dividiert durch die Bilanzsumme. Als weitere Steuerungsgrößen ziehen wir den Rohüberschuss je Kunde, die Verwaltungsaufwendungen je Kunde (Verwaltungskosten bereinigt um Sondereffekte gemäß Drohverlustrückstellung / Kundenanzahl) sowie die Sicherstellung einer auskömmlichen Liquidität mittels der Liquidity Coverage Ratio (LCR-Bestand an liquiden Aktiva / Nettoabflüsse in den nächsten 30 Tagen) heran.

Neben der auch regulatorisch geforderten Sicherstellung einer ökonomischen und normativen Risikotragfähigkeit betrachten wir zusätzlich die EBA-Frühwarnindikatoren hinsichtlich der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, welche die Änderungen des Zinsbuchwertes in Stresssituationen aufzeigen und in Relation zum aufsichtlichen Kernkapital gesetzt werden (SOT-EVE-Kennzahl).

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank ist eine angemessene, auskömmliche Eigenmittelausstattung erforderlich. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Eigenmittel des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Ein wesentlicher Teil unserer Unternehmenskultur ist ein faires und nachhaltiges Wirtschaften heute und in der Zukunft. Dabei ist unser Leitbild, dass wir alles vom Kunden aus denken und in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

Der achtsame Umgang mit der Umwelt und ein damit einhergehendes Bewusstsein bei der Nutzung von Ressourcen sind in unserer Geschäftsstrategie verankert.

Dem Thema Nachhaltigkeit widmen wir als Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank eine hohe Aufmerksamkeit. So streben wir an, im Geschäftsbetrieb bis zum Jahr 2045 klimaneutral (inkl. nicht vermeidbarer Kompensation) zu sein. Des Weiteren orientieren wir uns an dem Reifegradfächer des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Außerdem ist es unser Ziel, das Fördervolumen-Engagement in der Region auszubauen und die hohe Mitgliederquote unserer Kunden weiterhin zu erhalten.

Für das Berichtsjahr 2025 setzt die Sparda-Bank München eG die Berichterstattung nach ESRS freiwillig fort, in Anlehnung an den vorherigen Bericht und das derzeit geltende CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.

Es werden keine Tätigkeiten in Verbindung mit Wirtschaftstätigkeiten geltend gemacht, die im Sinne der Artikel 3 und 9 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung) als ökologisch nachhaltig gelten.

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025

Das Jahr 2025 war angesichts der Herausforderungen hinsichtlich des Wechsels zum zentralen IT-Dienstleister der Genossenschaftlichen Finanzgruppe, der Atruvia AG, ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Sparda-Bank München eG. Der Zinsüberschuss blieb nahezu konstant mit einem

leichten Rückgang von 250 TEUR, die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Kontext der angesprochenen IT-Migration um 8,4 Mio. EUR an. Dies wurde durch den Anstieg des Bewertungsergebnisses um 8,7 Mio. EUR kompensiert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 25,4 Mio. EUR, eine marginale Steigerung von 154 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern reduziert sich auf 9,4 Mio. EUR (Vorjahr 14,3 Mio. EUR).

Die Entwicklung der weiteren finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Der ROA ist mit 0,21 % unverändert zum Vorjahr.

Die Kennzahlen Rohüberschuss je Kunde (438 EUR) und Verwaltungsaufwendungen je Kunde (347 EUR) wurden im Jahr 2025 erstmalig getrennt dargestellt.

Die LCR betrug zum Jahresende 2025 184,7 % und rangierte damit auf leicht höherem Niveau als zum Jahresende 2024 (178,5 %).

Die Zinsrisikokennzahl SOT-EVE (-26,9 %) wurde erstmalig für die Begrenzung des Zinsänderungsrisikos herangezogen.

Die Gesamtkapitalquote belief sich auf 20,8 %, ein Anstieg von 1,2 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

II.3 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	9.265.664	9.189.088	+	76.576	0,8
Außerbilanzielle Geschäfte	199.624	200.814	-	1.190	0,6

Die Bilanzsumme überstieg wieder die 9 Mrd. EUR und blieb nahezu unverändert zum Vorjahr.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und aus anderen Verpflichtungen zusammensetzen, bleiben ebenfalls nahezu konstant.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	5.211.678	5.185.348	+	26.330	0,5
Wertpapiere	927.525	510.082	+	417.443	81,8
Forderungen an Kreditinstitute	2.884.632	3.268.466	-	383.834	11,7

Die Steigerung der Kundenforderungen in Höhe von 26,3 Mio. EUR resultiert aus Jahresendmaßnahmen zur Erzielung der geplanten Gewinnerwartung (17,0 Mio. EUR) und eines aufgrund der IT-Migration geänderten Abrechnungsprozederes bei Kreditkarten (19,5 Mio. EUR). Der Darlehensbestand entwickelte sich hingegen rückläufig (-10,1 Mio. EUR).

Hingegen erhöhten sich die Abschlüsse von Wertpapieranlagen deutlich. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Umschichtungen aus der Position Forderungen an Kreditinstitute im Rahmen der Asset Allocation.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 383,8 Mio. EUR. Grundsätzlich wurden Anlagen in Form von Termingeldern bei der genossenschaftlichen Zentralbank getätigt.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	534.981	472.758	+	62.223	13,2
Spareinlagen von Kunden	614.235	710.320	-	96.085	13,5
andere Einlagen von Kunden	7.384.521	7.272.291	+	112.230	1,5

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen stichtagsbedingt um 62,2 Mio. EUR an.

Die Spareinlagen beinhalten Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von drei Monaten und haben sich im Berichtsjahr um 96,1 Mio. EUR reduziert, die anderen Einlagen beinhalten Sicht-, Tages- und Termineinlagen und haben sich um 112,2 Mio. EUR erhöht. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Umschichtungseffekte.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	14.874	13.409	+	1.465	10,9
andere Vermittlungserträge	2.854	3.121	-	267	8,6
Erträge aus Zahlungsverkehr	25.506	26.467	-	961	3,6

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft konnten im Geschäftsjahr 2025 gesteigert werden. Dies ist im Wesentlichen dem Fondsgeschäft zu verdanken.

Die anderen Vermittlungserträge und die Erträge aus Zahlungsverkehr (u. a. aufgrund neuer Kostenstruktur des Dienstleisters) waren rückläufig.

Beteiligungen

Aus geschäftspolitischen Gründen investiert die Sparda-Bank München eG neben den Anlagen in Wertpapieren auch in Beteiligungen.

Primär sind dies Funktionsbeteiligungen, die der Spezialisierung und Bündelung betrieblicher Aufgaben dienen. Hierunter verstehen wir insbesondere Beteiligungen an Servicegesellschaften (bspw. IT-Dienstleister) mit der Zielsetzung, Produktionsprozesse bspw. innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe oder gemeinsam mit anderen Sparda-Banken effizient und effektiv zu gestalten.

Investitionen

Die Investitionen im Jahr 2025 wurden durch notwendige Modernisierungsmaßnahmen von Gebäuden und der Betriebsausstattung in Höhe von 1,8 Mio. EUR geprägt. Außerdem investierte die Bank 0,6 Mio. EUR in die IT-Infrastruktur.

Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand mit 762 Beschäftigten (Vorjahr 749) steigt marginal.

Um die Entwicklung des Unternehmens auch in Zukunft positiv zu gestalten, ist eine erfolgreiche und strategische Personalarbeit ein entscheidender Faktor. Unsere Personalstrategie legt wichtige Ziele für das Personalmanagement fest, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr bzw. nach Bilanzstichtag

Der bisherige Direktor Markt, Georg Spenger, wurde zum 1. September 2025 zum Generalbevollmächtigten der Sparda-Bank München eG und zum 1. März 2026 in das Vorstandsgremium berufen. Als Generalbevollmächtigter unterstützte er das Vorstandsgremium um den Vorsitzenden Peter Berger und die Vorstandsmitglieder Joachim Gorny und Peer Teske.

Die in den Vorjahren begonnene strategische Neuausrichtung mit dem Ziel des Wechsels zum Rechenzentrum zur Atruvia AG wurde im März 2025 erfolgreich umgesetzt. Die neuen Prozesse und die neue Technik bis hin zur Neuausstattung der Arbeitsplätze wurden ohne nennenswerte Verzögerungen plangemäß eingeführt.

Das Schulungskonzept für die Mitarbeiter ermöglichte auch hier auf Seiten der Mitarbeiter einen reibungsarmen und produktiven Umstieg auf die neuen Prozesse.

Am 18. Januar 2026 verstarb überraschend unser Vorstandsmitglied Peer Teske. Herr Teske hat durch sein Engagement und seine fachliche Kompetenz die Entwicklung der Sparda-Bank München in seiner Amtszeit maßgeblich geprägt. Seine Kollegen Peter Berger und Joachim Gorny, der Aufsichtsrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparda-Bank München trauern um ihn und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

II.4. Lage der Sparda-Bank München eG

II.4.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss¹⁾	109.574	109.824	-	250	0,2
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.399	1.409	-	10	0,7
Provisionsüberschuss²⁾	32.017	32.220	-	203	0,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis³⁾	4.030	3.905	+	125	3,2
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	57.551	53.712	+	3.839	7,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	76.779	72.178	+	4.601	6,4
Bewertungsergebnis⁴⁾	15.320	6.610	+	8.710	131,8
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25.440	25.286	+	154	0,6
Außerordentliches Ergebnis	-6.182	-6.016	-	166	2,8
Steueraufwand	9.817	5.008	+	4.809	96,0
Jahresüberschuss	9.441	14.263	-	4.822	33,8

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Die Entwicklung der Ertragslage blieb nahezu konstant und stellte sich weitgehend prognosegemäß dar.

Das Zinsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert gezeigt, angesichts der IT-Migration und damit verbundener Einschränkungen für das Neugeschäft der Sparda-Bank München ein großer Erfolg. Insbesondere das Baufinanzierungsgeschäft hat zu einem Zinsüberschuss von 109,6 Mio. EUR beigetragen (-0,2 Mio. EUR ggü. Vorjahr).

Die laufenden Erträge liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Provisionsüberschuss war insgesamt leicht rückläufig. Die gestiegenen Erträge aus dem Fondsgeschäft wurden durch geplante erhöhte Aufwendungen für Vermittlertätigkeit im Baufinanzierungsgeschäft mehr als kompensiert.

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich mit 4,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nur marginal verändert (+ 0,1 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies ist zum Teil auf Tarifierhöhungen und zum Teil auf einen Mitarbeiteraufbau in Folge des Wechsels des IT-Providers zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind im abgeschlossenen Geschäftsjahr hauptsächlich durch Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Wechsel zum genossenschaftlichen IT-Dienstleister Atruvia AG gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. EUR gestiegen.

Das Bewertungsergebnis ist neben der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft durch die Entwicklung der Kapitalmarktanlagen in Form von Wertpapieren und Beteiligungen geprägt und hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (+8,7 Mio. EUR).

Der sonstige Wertberichtigungsbedarf auf das Wertpapier- und Kreditgeschäft liegt weiterhin auf niedrigem Niveau.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip und die Wertpapiere des Anlagebestands nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches (gemäß IDW BFA 3) erforderte keine Bildung einer Rückstellung.

Aufwendungen, welche im Zusammenhang mit der Migration des Kernbanksystems zur Atruvia AG in Höhe von 6,2 Mio. EUR erforderlich waren, wurden im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen.

Besonderheiten im Steueraufwand ergeben sich wie im Vorjahr aus der Aktivierung des latenten Steuerüberhangs durch die Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Entwicklung der Finanzlage entsprach unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2025 erwartungsgemäß jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 184,7 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Kennzahl ebenso bei 184,7 %. Bei Bedarf stehen zudem ausreichend Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB zur Verfügung.

II.4.3 Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage entsprach unseren Erwartungen.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	209.180	216.191	-	7.011	3,2
Rücklagen	285.838	274.764	+	11.074	4,0

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügt. Zudem besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 85 Mio. EUR (Vorjahr 85 Mio. EUR). Ferner bestehen Vorsorgereserven nach § 340f HGB. Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 6,67 % (Vorjahr 6,81 %).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,10 % (Vorjahr: 0,16 %).

Die Kernkapitalquote beläuft sich nach Rücklagendotierung auf 19,5 % (Vorjahr: 17,7 %) und die Gesamtkapitalquote auf 21,1 % (Vorjahr: 19,6 %). Diese Bewegungen entsprechen unserer Planung für 2025. Die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten. Die Eigenkapitalausstattung erlaubt ein weiteres Geschäftswachstum im Rahmen der strategischen Planung in den nächsten Jahren.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 56,2 % (Vorjahr: 56,4 %).

Sämtliche akuten Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge.

Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfallen 73,02 % (Vorjahr: 82,6 %) auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet sind.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	379.810	66.825	+	312.985	468,4
Liquiditätsreserve	547.715	443.256	+	104.459	23,6

Ursächlich für den Anstieg im Bereich Wertpapiere waren im Wesentlichen Umschichtungen aus der Position Forderungen an Kreditinstitute gemäß Asset Allocation.

Bei der Bewertung des Wertpapierbestands wurden die Marktkurse zum Jahresende zugrunde gelegt. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, während die Bewertung der Wertpapiere im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgte.

Es bestehen Kursreserven im Spezialfonds in Höhe von 27,8 Mio. EUR und 0,1 Mio. in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Strukturierte Finanzinstrumente bestehen in Form von Stufenzinsanleihen und Nachranganleihen. Diese wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) setzen wir Zinsderivate in einem Umfang von 1.412 Mio. EUR zur Absicherung gegen ungünstige Zinsveränderungen ein. Diese Geschäfte wurden vorrangig mit unserer Zentralbank getätigt und zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cashflow-Hedges und im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Ertragslage der Bank wird planmäßig durch Aufwendungen aus der Migration des Rechenzentrums deutlich belastet. Ohne diesen Sondereffekt hat sich die Ertragslage insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus. Alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr wurden erfüllt.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet worden. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Die Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungspositionen unterhalb des Vorstands eine Zielgröße von 33 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Mit der aktuellen Quote (29,41 Prozent) wurde die festgelegte Zielgröße unterschritten. Bei vakanten Positionen wird weiterhin geprüft, ob diese mit qualifizierten Frauen besetzt werden können.

Der Aufsichtsrat hat sich ebenfalls mit den gesetzlichen Anforderungen an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen beschäftigt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 25,0 Prozent festgelegt. Für die Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen sieht das Gremium eine Zielgröße gemäß § 9 Abs. 4 GenG von 33,3 Prozent vor. Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Mit der aktuellen Quote für den Vorstand wurde die festgelegte Zielgröße unterschritten und liegt derzeit bei 0 Prozent. Die aktuelle Quote des Aufsichtsrats liegt bei 22,2 Prozent.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte kommt dem Management und der Früherkennung von Risiken eine besondere Bedeutung zu. Mittels des Risikomanagementsystems sollen Risiken transparent und steuerbar gemacht werden. Risiken sind zu limitieren, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nicht zu gefährden. Dennoch müssen Risiken eingegangen werden, um die in der Geschäftsstrategie festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie den Risikoappetit der Bank. Die Risikoinventur bildet hierbei den zentralen Baustein im Rahmen der Gesamtbank- und Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken unter Berücksichtigung eventueller Intrarisiko-, Interrisiko- und Ertragskonzentrationen. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und richten entsprechende Risiko-steuerungs- und -controllingprozesse ein. Mit Blick auf die Nachhaltigkeitsrisiken E (Environmental), S (Social) und G (Governance) werden Risiken auch dahingehend geprüft, ob Auswirkungen dieser Einflussfaktoren auf die Wesentlichkeitseinstufung vorliegen könnten. Diese Prüfung wird in Form einer qualitativen Expertenschätzung unter Berücksichtigung unserer individuellen Assets, Kunden-, Sicherheiten- und Emittentenstrukturen vorgenommen.

Zur Steuerung unserer Risiken finden Limitsysteme Anwendung. Bei der Festlegung unserer Limite orientieren wir uns an unserem Risikoappetit sowie am Risikogehalt der getätigten Geschäfte und implementierten Prozesse.

Dabei dient der interne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (ICAAP) dem Fortbestand unseres Hauses auf Basis der eigenen Substanz- und Ertragskraft. In unserem Risikotragfähigkeitskonzept vereinen wir hierbei die ökonomische (barwertige) und normative Perspektive. In der

ökonomischen Perspektive – der Risikotragfähigkeitsrechnung – quantifizieren wir alle wesentlichen Risiken und stellen diese dem vorhandenen Risikodeckungspotenzial gegenüber. In der normativen Perspektive – der Kapitalplanung – stellen wir ausgehend von der geplanten Entwicklung gemäß der strategischen Planung unsere Kapitalausstattung dem Kapitalbedarf der folgenden Jahre gegenüber. Wir beurteilen hier über einen Zeitraum von drei Jahren, ob alle regulatorischen und aufsichtlichen (Struktur-)Anforderungen erfüllt werden können.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept simulieren wir Stresstests als Bestandteil des ICAAP in beiden Perspektiven. Des Weiteren bilden wir die Wechselwirkungen zwischen den beiden Perspektiven sowie die Einbindung in die Steuerung (Planung, Vorsteuerung und Soll-Ist-Vergleich) ab. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls die Bedeutung der Risikoinventur deutlich, welche ein Bindeglied zwischen unserer Strategie und unseren Risikosteuerungs- und -controllingprozessen darstellt. Mit diesen Instrumenten lassen sich die Risiken für unser Haus frühzeitig erkennen, messen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikosteuerung ableiten.

Das im Rahmen unserer barwertigen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelte, zur Abdeckung von wesentlichen Risiken verfügbare, maximale Risikodeckungspotenzial zum Bilanzstichtag betrug 843,3 Mio. EUR. Hiervon wurden – nach Abzug eines Managementpuffers – 780,0 Mio. EUR für die Risikolimitierung zur Verfügung gestellt. Die per Jahresresultimo gewährten Limite für wesentliche Risiken betrugen 567,0 Mio. EUR. Auf unsere wesentlichen Risikoarten, welche den Risikoklassen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, operationelle Risiken und sonstige Risiken zuzurechnen sind, entfallen insgesamt 402,4 Mio. EUR. Die gewährten Risikolimite waren somit zu 71,0 % ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Gesamtlime stets eingehalten. Zusätzlich werden unwesentliche Risiken in Höhe der Wesentlichkeitsschwelle gemäß Risikoinventur mit 25,0 Mio. EUR limitiert. Das Limit war zu 79,0 % ausgelastet.

Vorstand und Aufsichtsrat wurden im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. mittels Ad-hoc-Berichterstattungen umfassend informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die institutseigene Interne Revision geprüft.

IV.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr der Abweichung des Werts einer zins-, aktien-, währungs-, edelmetall- und/oder rohstoffpreisrisikotragenden Position von ihrem Erwartungs- bzw. Planwert aufgrund der Schwankung der entsprechenden Marktparameter.

Zinsänderungsrisiken

Bedingt durch die Geschäftsstruktur ist das Zinsänderungsrisiko wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos für die Sparda-Bank München eG und ergibt sich insbesondere aus Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung. Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablaufsimulationen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit, welches im definierten Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt wird, werden die Zinsrisiken auch im Kontext des barwertigen und periodischen Ausreißertests ermittelt.

Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente wie Zinsswaps und Caps ein. Ökonomische Zinsänderungsrisiken für die Bank entstehen insbesondere bei einem rapiden Anstieg der Zinsstrukturkurve.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Marktpreisrisiken aus Aktien- und Währungsrisiken, welche zu Diversifikationszwecken im Spezialfonds eingegangen werden. Rohstoffrisiken spielen für die Sparda-Bank München eG eine untergeordnete Rolle.

IV.3 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bezeichnen die Gefahr einer möglichen negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert einer Position, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall und/oder durch eine Spreadveränderung einer Adresse verursacht werden.

Forderungen an Kunden

Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäfts liegt satzungsbedingt im Privatkundengeschäft, sodass Kreditrisiken im Kundengeschäft aus diesem Geschäftsfeld resultieren. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien, sodass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist zudem ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt. Kreditrisiken aus dem Kundengeschäft werden dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt.

Eigenanlagen

Kreditrisiken im Eigenhandel messen und überwachen wir losgelöst von den Kreditrisiken im Kundengeschäft. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, Daten von Investmentgesellschaften, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Kreditrisiken im Eigenhandel begegnen wir zudem dadurch, dass wir überwiegend Papiere der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und gedeckte Papiere erwerben. Das Ausfallrisiko begrenzen wir zudem durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung unserer Eigenanlagen gewährleisten.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank München eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann bzw. höhere Kosten für die Liquidität aufwenden muss.

Das Liquiditätsrisiko steuern wir durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine, gemessen an den aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen, ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben. Die Sparda-Bank München eG ist in den Liquiditätsverbund der Genossenschaftlichen FinanzGruppe eingebunden, was die Liquiditätsversorgung gewährleistet. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen war die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie durch Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank bzw. EZB in der Vergangenheit jederzeit möglich.

IV.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten (im Sinne einer negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert), die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Das wichtigste Ziel des Operationellen Risikomanagements ist es, über eine systematische Risikoidentifikation, Steuerung und Bewertung zu einer Minderung und Vermeidung von Schäden zu kommen. Dabei soll ein kontinuierlicher Prozess in Gang gesetzt werden, der zu höherer Effizienz und Planbarkeit führt und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann. Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden zudem in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Den Operationellen Risiken begegnen wir hierbei mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Organisationsanweisungen und der Arbeitsabläufe, interne Kontrollverfahren, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, ein Rechtsmonitoring, laufende Investitionen in neue und aktualisierte Datenverarbeitungssysteme über den von uns beauftragten IT-Provider, Backup-Einrichtungen, Verwendung rechtlich geprüfter Formulare und Verträge, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision und Begrenzung durch Versicherungen (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken).

IV.6 Weitere Risiken

Neben den vier bereits aufsichtsrechtlich als wesentlich eingestuften Risikoarten können weitere Risikoarten wesentlich sein, welche wir unter den Sonstigen Risiken subsumieren. Gemäß der Risikoinventur des Jahres 2025 erachten wir das Immobilien- und Beteiligungsrisiko ebenfalls als wesentlich. Das Immobilienrisiko resultiert aus dem Bestand an eigenen Immobilien sowie aus Investitionen in Immobilien (auch in Form von Fonds). Risiken in Form von negativen Abweichungen vom Marktwert resultieren sowohl aus Preisentwicklungen der Immobilien, welche schlechter sind als erwartet, als auch aus Mietausfällen.

Das Beteiligungsrisiko resultiert aus dem Bestand strategischer Beteiligungen sowie aus Investitionen in Beteiligungsfonds. Risiken bestehen in Form von negativen Abweichungen vom Marktwert.

Weitere wesentliche Risiken bestehen für uns derzeit nicht.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Die dargestellten Risiken werden nach derzeitigem Stand die künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, sind wirksame Risikosteuerungs- und -controllingprozesse implementiert. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikoartenübergreifend, durchgeführt werden.

Zusammenfassend ist die Risikolage nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Der Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Prognosen. Diese basieren auf den uns zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen, die wir nach sorgfältiger Prüfung als zuverlässig erachtet haben. Eine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen wir nicht. Aus diesen zukunftsgerichteten Aussagen, Erwartungen und Prognosen haben wir unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen abgeleitet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass alle unsere auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten verbunden sind und auf Schlussfolgerungen basieren, die künftige Ereignisse betreffen. Diese hängen von Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren ab, die außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Derartige Entwicklungen können sich unter anderem aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung an den Kapitalmärkten, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus anderen Risiken ergeben. Damit können tatsächlich in der Zukunft eintretende Ereignisse gegebenenfalls erheblich von unseren in die Zukunft gerichteten Aussagen, Erwartungen, Prognosen und Schlussfolgerungen abweichen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Für das Jahr 2025 erwartet der BVR in seiner Jahresprognose einen moderaten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0%. Wachstumsimpulse dürften vor allem vom privaten Verbrauch und im Jahresverlauf auch von den Investitionen ausgehen.

Bei den Verbraucherpreisen erwartet der BVR im Projektionszeitraum insgesamt eine moderate Entwicklung, die sich mit Schwankungen leicht über dem Bereich der Zwei-Prozent-Zielmarke der EZB für die gesamte Eurozone bewegt. Erst mit Verzögerung wird sich die erwartete moderate konjunkturelle Erholung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von dem verstärkten Wettbewerb, einer anziehenden Nachfrage nach Immobilien, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Trend der Digitalisierung geprägt sein.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Der Wechsel unseres IT-Providers am 08.03.2025 zur Atruvia AG hat im Jahr 2026 nur noch marginale Ergebnisauswirkungen. In unserer strategischen Planung gehen wir daher von einem Wachstumsimpuls aus. Angesichts der sich erholenden Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen und neu implementierter Kreditprozesse gehen wir für das Geschäftsjahr 2026 von einem um ca. 4,7% netto ansteigenden Kundenkreditgeschäft aus. Den Wettbewerb im Einlagengeschäft für Privatkunden schätzen wir auch im Jahr 2026 als hoch ein, sodass wir mit unveränderten Beständen planen.

Auf Basis der für den Eigenanlagenbereich definierten Ziel-Allokation werden wir – ausgehend von dem erwarteten Einlagenüberhang – im Jahr 2026 die Positionen in risikoarmen, zinstragenden Anlagen sowie nicht zinstragenden Anlagen weiter ausbauen.

Aufgrund des in der Forwardkurve eingepreisten moderaten Zinsanstiegs rechnen wir (ohne Berücksichtigung von Sondereffekten) im Jahr 2026 mit einem moderat steigenden Zinsergebnis.

Zudem erwarten wir einen leichten Rückgang des Provisionsergebnisses. Der geplante Anstieg der Baufinanzierungsvermittlungen führt zu höheren Provisionsaufwendungen.

Im betrachteten Geschäftsjahr wird im Vergleich zum Jahr 2025 mit moderat steigenden Personalaufwendungen gerechnet, welche u. a. auf tarifliche Erhöhungen zurückzuführen sind.

Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir vor allem infolge der abgeschlossenen IT-Migration mit deutlich niedrigeren Belastungen.

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Wir gehen bei der Einzelrisikoversorge für das Kreditgeschäft von einem anhaltend niedrigen Niveau aus.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätsslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank, der DZ BANK AG, sowie der Deutschen Bundesbank auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Eine auskömmliche Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel. Wir gehen davon aus, dass die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung von Kapitalpuffern eingehalten und somit die Voraussetzung für weiteres Kreditwachstum auch über das Jahr 2026 hinaus gegeben sein wird.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das nächste Geschäftsjahr die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- » Der ROA steigt auf 0,30 %.
- » Die Kennzahlen Rohüberschuss je Kunde (464 EUR) und Verwaltungsaufwand je Kunde (380 EUR) steigen moderat.
- » Die LCR bleibt auf einem hohen Niveau mit 205 %.
- » Der SOT-EVE sinkt auf -30,7 %.
- » Die Gesamtkapitalquote bleibt ebenfalls auf einem hohen Niveau mit 19,7 %.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir eine zufriedenstellende Entwicklung des Geschäftsverlaufs und der Lage unseres Instituts, in welcher die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität gewährleistet werden.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen kann. Daneben besteht weiterhin das Risiko, dass die restriktivere US-Handelspolitik anhält. Angesichts der Exportorientierung Deutschlands sowie der engen Handels- und Produktionsverflechtung mit den USA wären im Falle von erneuten US-Zollerhebungen spürbare direkte und indirekte negative Auswirkungen auf die deutsche Außen- und Gesamtwirtschaft zu erwarten. Dies könnte wiederum das Bewertungsergebnis negativ beeinflussen. Daneben könnten anhaltende oder sich verstärkende geopolitische Risiken, wie der am 28. Februar ausgebrochene Krieg in Nahost, eine Belastung der Ertragslage bewirken.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr durch die Weiterentwicklung der Zielausrichtung der Bank mit dem Fokus auf die wirtschaftlich starke Region in Oberbayern. Durch eine ausgeprägte Kundenfokussierung ist es unser Ziel, den Kundenservice und die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern, hierfür in die Qualifikation der Mitarbeiter zu investieren und somit unsere Wettbewerbssituation nachhaltig zu stärken.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Sparda-Bank München eG

Der Vorstand

Peter Berger

Joachim Gorny

Georg Spenger

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Mitglieder der Sparda-Bank München,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Über das Ergebnis der Prüfung nach § 53 GenG haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung beraten. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Sparda-Bank München eG regelmäßig überwacht.

Inhalte der Aufsichtsratstätigkeit 2025

In den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, das Risiko- und Liquiditätsmanagement sowie über wichtige Entscheidungen und besondere Ereignisse. Abweichungen der Geschäftsentwicklung von den Plänen wurden uns detailliert erläutert. Darüber hinaus wurden wir ausführlich über die Kapitalmarktsituation und aktuelle Einflüsse im europäischen Zins- und Währungsraum informiert. Die vom Vorstand unterbreiteten Beschlussvorschläge wurden vom Aufsichtsrat intensiv beraten und sorgfältig geprüft. Der Aufsichtsrat nahm hierbei seine Überwachungsfunktion wahr und stand dem Vorstand in einem konstruktiven Dialog beratend zur Seite.

Als Aufsichtsratsvorsitzender stand ich darüber hinaus mit dem Vorstand und insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden in regelmäßigem Informations- und Gedankenaustausch; dieser informierte mich über die aktuelle Entwicklung der Geschäfte und die wesentlichen Geschäftsvorfälle. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über wesentliche Entwicklungen, auch zwischen den Sitzungen.

In gesonderten Strategiesitzungen haben wir zudem die strategische Ausrichtung, die Perspektiven und die künftige Ausrichtung einzelner Geschäftsfelder mit dem Vorstand besprochen. Des Weiteren haben wir unter Einbindung der Geschäftsleitung bei den jeweiligen Beauftragten für Compliance, Geldwäsche und Risikocontrolling sowie der Leitung der Internen Revision im Rahmen der Ausschusssitzungen bzw. bei Jour-fixe-Terminen entsprechende Auskünfte eingeholt.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die

- » Geschäfts- und Risikostrategie sowie die strategischen Planungen
- » Finanz- und Risikosituation
- » IT-Strategie: Wechsel des IT-Providers
- » Prüfungs- und Jahresberichte
- » Vergütungssysteme

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher eine gute Entwicklung und die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Sparda-Bank München eG bestätigen.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2025 fanden neun ordentliche Aufsichtsratssitzungen gemeinsam mit dem Vorstand statt, zusätzlich eine ordentliche Aufsichtsratssitzung ohne Vorstand. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die Prüfung des Aufsichtsrats zur individuellen und kollektiven Eignung haben wir im Jahr 2025 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich Verhaltensstandards für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratstätigkeit gegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt. Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus neun Mitgliedern, davon zwei Frauen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personal- und Hauptausschuss, einen IT-Ausschuss, einen Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung und einen Gemeinwohl-Ausschuss eingerichtet.

Auch im Geschäftsjahr 2025 unterstützten die Ausschüsse den Aufsichtsrat intensiv und nahmen ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Geschäftsordnung wahr, soweit dies gesetzlich zulässig oder anderenfalls konkret gefordert ist. Über den Inhalt und die Beschlusslagen aus den Sitzungen der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen durch die jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig informiert.

Der Personal- und Hauptausschuss des Aufsichtsrats hat im Berichtsjahr insgesamt fünf Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem personelle Vorstandsangelegenheiten sowie die personellen Veränderungen im Vorstand, das Vergütungssystem für den Vorstand sowie die Auswertung der durchgeführten Prüfung des Aufsichtsrats und Vorstands zur individuellen und kollektiven Eignung.

Der Prüfungsausschuss widmete sich in vier Sitzungen den Berichten der Internen Revision, Compliance und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der Prüfungsplanung, den Ergebnissen und dem Bearbeitungsstand der Feststellungen aus externen Prüfungen sowie der Jahresabschlussprüfung.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr in insgesamt drei Sitzungen und hat sich mit diversen fachlichen Kreditthemen beschäftigt sowie die ihm vorgetragenen Kreditanträge teilweise intensiv diskutiert und abschließende Genehmigungen erteilt.

Der Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung widmete sich in vier Sitzungen ausführlich den quartalsweisen Risikoberichten, der Risikotragfähigkeit und der Risikoauslastung und allgemein dem Risikomanagementsystem der Bank.

Der IT-Ausschuss widmete sich in drei Sitzungen den Auswirkungen der IT-Transformation und dem Wechsel des IT-Providers sowie weiteren IT-Themen.

Der Gemeinwohl-Ausschuss tagte in zwei Sitzungen und befasste sich mit Themen im Zusammenhang mit der gemeinwohlorientierten Ausrichtung der Sparda-Bank München eG.

Weitere Dialoge und Beratungen zur Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats

Darüber hinaus fanden Austauschtermine des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters mit dem Compliance- und Geldwäschebeauftragten sowie der Leitung der Internen Revision statt. Zusätzlich tauschte sich der Aufsichtsrat regelmäßig über aktuelle Themen der Sparda-Bank München aus.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2025, der Lagebericht, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hierüber wird in der ordentlichen Vertreterversammlung berichtet.

Dies umfasst auch die für unseren Abschlussprüfer besonders wichtigen Prüfungssachverhalte „Bewertung der Kundenforderungen, Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss, Wechsel des Rechenzentrums“.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben sich umfangreich mit der ordnungsgemäßen Rechnungslegung befasst. Es fand ein ausführliches Eröffnungsgespräch zwischen Prüfungsleiter, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter statt. Die Prüfungsschwerpunkte des Abschlussprüfers wurden dabei erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit und von der Einhaltung des Verbots unzulässiger Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer überzeugt. Es bestehen angemessene Prozesse und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und es erfolgt regelmäßig eine externe Qualitätskontrolle (Peer Review).

Der Abschlussprüfer hat in einer gemeinsamen Schlussitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 17. April 2026 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse berichtet (§ 57 Abs. 4 GenG). Der Prüfer stand für Auskünfte zur Verfügung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat den Prüfungsbericht rechtzeitig erhalten und zur Kenntnis genommen (§ 58 Abs. 3 GenG). Der fachlich dafür zuständige Prüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfungsbericht kritisch auseinandergesetzt und über die Prüfungsergebnisse unter Einbeziehung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte umfassend beraten (§ 58 Abs. 4 GenG).

Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zuzustimmen. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Vorschlag des Vorstandes zu erheben, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und den nichtfinanziellen Bericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat nach umfassender Beratung keine Einwände gegen das Prüfungsergebnis erhoben. Er hat den aufgestellten Jahresabschluss nebst Lagebericht der Bank sowie den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB für das Berichtsjahr geprüft und gebilligt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird der Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresergebnisses zu beschließen.

Verhaltenskodex der Sparda-Bank München eG

Die Sparda-Bank München eG hat bereits bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1930 durch die Rechtsform der Genossenschaft eine klare Position zum nachhaltigen Wirtschaften eingenommen. Für alle Mitarbeitenden der Sparda-Bank München eG ist faires und ehrliches Wirtschaften als erste Gemeinwohlbank Deutschlands heute und in Zukunft eine ethische Maxime und echte Herzensangelegenheit.

Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG haben sich dazu zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet, der unser Handeln in dieser Weise bestimmt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 26.06.2025 Berthold Ottmann als Aufsichtsratsvorsitzenden bestätigt. Thorsten Weinert wurde erneut zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

In diesem Jahr scheiden turnusgemäß Berthold Ottmann und Thorsten Weinert aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern ist gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung zulässig.

Herr Peer Teske, Mitglied des Vorstands seit 01.09.2024, ist am 18.01.2026 verstorben. Herr Teske verantwortete das Ressort Markt und Vertrieb.

Georg Spenger, der am 01.09.2025 zum Generalbevollmächtigten ernannt wurde, ist daher mit Wirkung zum 01.03.2026 in den Vorstand aufgerückt und hat das Ressort Markt und Vertrieb als Nachfolger übernommen.

Georg Spenger startete 1998 als Filialleiter in Ingolstadt. In den folgenden Jahren verantwortete er verschiedene Filialstandorte. Im Frühsommer 2023 wurde ihm als Direktor Markt die Verantwortung für elf Marktbereiche mit insgesamt 33 Filialen übertragen. In dieser Funktion steuerte er zudem die Zentrale Finanzierungs- und Vermittlungsabteilung und das KundenOnlineManagement.

Der Aufsichtsrat unterstützt aktiv die Positionierung zum Gemeinwohl und damit die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der Unternehmenskultur der Sparda-Bank München eG auf allen Ebenen. Dies ist eine wertvolle Basis für die Herausforderungen der Zukunft. Durch ihr konsequentes Voranschreiten hierbei wird die Bank ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Der Aufsichtsrat begrüßt die Entscheidung des Vorstandes, im Jahr 2026 wieder eine Gemeinwohlbilanz für die Geschäftsjahre 2024 und 2025 zu erstellen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, den Arbeitnehmervertretungen, den Tochterunternehmen und dem gesamten Vorstand für ihre erfolgreiche Arbeit und ihr vorbildliches Engagement, besonders im Hinblick auf die erfolgreiche Umsetzung der IT-Migration.

Eine besondere Danksagung gebührt den Vertretern und Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen und ihre Treue.

Der Aufsichtsrat
München, im Mai 2026

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Berthold Ottmann

1. Jahresbilanz zum 31.12.2025

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			44.347.152,61		32.820
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	76.381.918,73		76.381.918,73		50.701 (50.701)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	120.729.071,34	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–		–		– (–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.215.006.234,72		1.386.524
b) andere Forderungen			1.669.626.107,26	2.884.632.341,98	1.881.942
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	3.805.553.615,38 –			5.211.678.127,62	5.185.348 (4.284.360) (–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–			– (–)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	206.213.128,97	206.213.128,97			– (–)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	242.174.044,99	295.312.248,41	501.525.377,38		144.082 (90.780)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	–		–	501.525.377,38	– (–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				425.999.406,48	366.000
6a. Handelsbestand				–	–

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			23.812.191,88		23.812
darunter: an Kreditinstituten	—				(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
an Wertpapierinstituten	—				(—)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.291.350,00	26.103.541,88	2.291
darunter: bei Kreditgenossenschaften	2.280.040,00				(2.280)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
bei Wertpapierinstituten	—				(—)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				24.346.382,64	24.346
darunter: an Kreditinstituten	—				(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	—				(—)
an Wertpapierinstituten	—				(—)
9. Treuhandvermögen				—	—
darunter: Treuhandkredite	—				(—)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				—	—
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			—		—
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			674.797,00		490
c) Geschäfts- oder Firmenwert			—		—
d) Geleistete Anzahlungen			—	674.797,00	—
12. Sachanlagen				27.263.290,24	28.439
13. Sonstige Vermögensgegenstände				17.464.448,90	18.907
14. Rechnungsabgrenzungsposten				7.563.231,64	17.639
15. Aktive latente Steuern				17.684.466,20	25.747
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				—	—
Summe der Aktiva				9.265.664.483,30	9.189.088

1. Jahresbilanz zum 31.12.2025

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			46.937.194,73		18.700
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			488.044.147,46	534.981.342,19	454.058
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		614.235.482,67			710.320
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		—	614.235.482,67		—
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		6.022.841.618,19			5.878.225
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.361.679.243,30	7.384.520.861,49	7.998.756.344,16	1.394.066
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			—		—
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	—		—	—	(—)
	—				(—)
3a. Handelsbestand				—	—
4. Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	—			—	(—)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				7.687.160,92	7.661
6. Rechnungsabgrenzungsposten				31.609,74	47
6a. Passive latente Steuern				—	—
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			42.293.080,00		41.865
b) Steuerrückstellungen			822.804,00		117
c) andere Rückstellungen			15.206.538,99	58.322.422,99	17.524
8.				—	—
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				76.426.753,77	76.288
10. Genusssrechtskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	—			—	(—)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	—			85.000.000,00	85.000 (—)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			209.179.568,00		216.191
b) Kapitalrücklage			—		—
c) Ergebn isrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		71.422.388,05			69.992
cb) andere Ergebn isrücklagen		214.415.767,77			204.771
cc)		—	285.838.155,82		—
d) Bilanzgewinn			9.441.125,71	504.458.849,53	14.263
Summe der Passiva				9.265.664.483,30	9.189.088

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.445.912,41		1.501
b) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	1.445.912,41	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–		198.178.497,43	198.178.497,43	199.313 (–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		152.585.139,14			191.048
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		7.338.555,86	159.923.695,00		3.911
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	–				(–)
2. Zinsaufwendungen				109.574.354,68	–85.138
darunter: erhaltene negative Zinsen	6.478,35		–50.349.340,32		(6)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			622.500,00		623
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			776.269,49		787
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			–	1.398.769,49	–
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge			43.520.674,08		43.288
6. Provisionsaufwendungen			–11.503.981,91	32.016.692,17	–11.068
7. Nettoertrag des Handelsbestands				–	–
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.290.200,68	5.160
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		217.903,00			(6)
9.				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		–46.835.289,64			–44.468
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	–2.411.132,39	–10.715.720,31	–57.551.009,95		–9.244 (–1.744)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			–76.778.842,86	–134.329.852,81	–72.178
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				–2.569.535,52	–2.791
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				–1.260.662,60	–1.254
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		–92.593,66			(–375)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				–	–

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			15.412.327,76	15.412.327,76	6.910
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-92.633,02		-300
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–	-92.633,02	–
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				–	–
18.				–	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				25.439.660,83	25.286
20. Außerordentliche Erträge			–		–
21. Außerordentliche Aufwendungen			-6.181.759,72		-6.015
22. Außerordentliches Ergebnis				-6.181.759,72	(-6.015)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-9.715.333,31		-4.918
darunter: Aufwand aus latenten Steuern		-8.062.838,80			(270)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-101.442,09	-9.816.775,40	-90
24a.				–	–
25. Jahresüberschuss				9.441.125,71	14.263
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–	–
				9.441.125,71	14.263
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			–		–
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			–	–	–
				9.441.125,71	14.263
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			–		–
b) in andere Ergebnisrücklagen			–	–	–
				9.441.125,71	14.263
28a.				–	–
29. Bilanzgewinn				9.441.125,71	14.263

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank München eG, München, ist beim Amtsgericht München unter der Genossenschaftsregister-Nummer 1304 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt.

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wurde.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Erkennbare Bonitätsrisiken bei den Forderungen an Kunden haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem LGD-Modell. Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft. Die Ausgeglichenheit kann weiter angenommen werden, da die Konditionenfestsetzung unter Berücksichtigung der vorgegebenen Konditionentableaus erfolgt.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Unterstrich-Positionen abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Dabei wurden die von den Wertpapiermitteilungen (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Strukturierte Finanzinstrumente

Die als strukturierte Produkte bezeichneten Vermögensgegenstände werden, soweit sie lediglich ein Zinsänderungs- und Emittentenrisiko enthalten, als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert und bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bilanziert und bewertet. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wurden die Anschaffungskosten vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Aufwendungen für Cap- und Swaptionprämien und Agien für Schuldscheindarlehen enthalten, die planmäßig über die Laufzeit aufgelöst werden. Ferner sind hier Abgrenzungen für Sachaufwendungen enthalten.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Sachanlagen, Sonstigen Vermögensgegenstände, Sonstige Verbindlichkeiten, Rückstellungen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des bestehenden Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt wurde. Für die Berechnung latenter Steuern wurden in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, in dem sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen voraussichtlich abbauen, Steuersätze von 26,8 Prozent bis 32,1 Prozent für Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Hierbei wurde die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland berücksichtigt.

Die durch das Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausgelösten Veränderungen der latenten Steueransprüche bzw. latenten Steuerverbindlichkeiten belaufen sich auf 1.466.445 EUR. Die sich aus der stufenweisen Absenkung des Körperschaftsteuersatzes ergebenden Aufwendungen sind im GuV-Posten 'Steuern vom Einkommen und Ertrag' enthalten.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der 'Richttafeln 2018 G' (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen.

Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden, sofern relevant, 2,5 Prozent angenommen. Zukünftige Rentenanpassungen werden allgemein in Höhe von 2,0 Prozent bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1,0 Prozent in die Bewertung einbezogen. Als Lohn- und Gehaltstrend für Altersteilzeitrückstellungen wurden, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 2,06 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2025 prognostizierten Zinssatzes der Deutschen Bundesbank). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein negativer Unterschiedsbetrag von 892.806 EUR, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Zur Umsetzung der Vorgaben des IDW-Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen wurde die im entsprechenden Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. dargestellte Vorgehensweise berücksichtigt.

Soweit hinsichtlich der finanzierten Versicherungsleistungen und der erdienten Versorgungsleistungen zum Stichtag Leistungskongruenz besteht, wurde bei der Bewertung der Zusagen der Verpflichtungswert in Höhe des Buchwerts des korrespondierenden Rückdeckungsversicherungsanspruchs angesetzt ("Aktivprimat"). Für die Ermittlung des anzusetzenden Aktivwertes wurden die Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen mittels des im genannten DAV-Ergebnis dargestellten Deckungskapitalverfahrens bewertet. Es handelt sich dabei um ein faktorbasiertes Bewertungsverfahren, welches gemäß Ergebnisbericht dem im IDW-Hinweis geforderten zahlungsstrombasierten Bewertungsverfahren gleichgestellt werden kann. Die dafür notwendigen Parameter wurden vom Rückdeckungsversicherer zur Verfügung gestellt.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 2.818.208 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 2.583.083 EUR.

Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert der zu verrechnenden Verbindlichkeiten.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 20.721 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme ausläuft. Bei den ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen gehen wir hingegen von einer überwiegenden Inanspruchnahme aus.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 198.178 TEUR betreffen im Wesentlichen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen wird der jeweilige Posten unter dem Strich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt.

Die Risiken aus diesen Verpflichtungen werden im Rahmen des laufenden Kredit- und Risikomanagements überwacht. Grundlage der Risikoeinschätzung ist insbesondere die Bonität der Hauptschuldner sowie die Werthaltigkeit der bestellten Sicherheiten.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei erworbenen Swaptions wird die gezahlte Prämie grundsätzlich bis zur Fälligkeit gehalten und erst am Ende der Laufzeit ergebniswirksam gebucht. Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese der Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	3.125.556	365.170	—	a) — b) —	3.490.726	674.797	490.130
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	34.002.780	475.925	59.500	a) 727.409 b) —	33.810.796	21.457.885	21.359.928
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	39.478.317	1.028.085	- 59.500	a) 3.489.815 b) —	36.957.087	5.805.405	7.078.097
a	76.606.653	1.869.180	—	a) 4.217.224 b) —	74.258.609	27.938.087	28.928.155

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.635.426	—	—	—	180.503	—	2.815.929
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	12.642.852	—	245.427	—	404.209	448.724	12.352.910
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	32.400.220	—	3.233.361	—	1.984.824	—	31.151.683
a	47.678.498	—	3.478.788	—	2.569.536	448.724	46.320.522

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldscheindarlehen/Namenspapiere	1.590.000.000	-180.000.000	1.410.000.000
Wertpapiere des Anlagevermögens	66.795.000	311.349.997	378.144.997
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	38.533.019	-12.429.477	26.103.542
Anteile an verbundenen Unternehmen	29.646.383	-5.300.000	24.346.383
b	1.724.974.402	113.620.520	1.838.594.922
Summe a und b	1.801.581.055		1.866.533.009

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.651.032.515 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	----- EUR	----- EUR	----- EUR	----- EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	9.689.012	439.979.032	889.958.063	330.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	90.736.962	187.368.600	951.880.309	3.964.273.227

In den Forderungen an Kunden sind 17.419.030 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 2.408.181 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr ----- EUR	Vorjahr ----- EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	95.509.540	95.514.521

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr ----- EUR	Vorjahr ----- EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	44.000.000	44.000.000

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital mit mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert ----- EUR	Zeitwert ----- EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) ----- EUR	Erhaltene Ausschüttungen ----- EUR	Tägliche Rückgabe ----- Ja / Nein
Wertsicherung	410.999.406	438.803.765	27.804.359	—	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) NaturTalent Stiftung gGmbH i. L., Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2024	75.841	2024	-473.914	
b) NaturTalent Beratung GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2025	440.104	2025	-3.197	
c) Sparda München Verwaltungs GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2025	427.796	2025	508	
d) Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2025	27.131.418	2025	395.137	
e) Sparda München Arnulf II GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2025	71.725.629	2025	2.203.101	
f) LENA Nachhaltigkeits GmbH i. L., Arnulfstr. 15, 80335 München	83,33	2025	1.087.113	2025	-19.957	

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) SUMMACOM GmbH & Co. KG, Kastanienweg 11-13, 66386 St. Ingbert	12,1500	2024	3.057.344	2024	171.044	
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Baden-Württemberg, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart	0,7073	2025	3.212.092.325	2025	122.288.259	
Ausweis unter A6: Wealthcap Spezial AIF 4 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, Am Tucherpark 3, 80538 München	9,8678	2024	163.754.310	2024	-64.232.759	

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	-----	-----	-----	-----
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	501.525.377	499.141.746	2.383.631	271.580.043

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 271.580.043 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 268.045.032 EUR. Bei den Wertpapieren im Anlagevermögen, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, konnten Abschreibungen in Höhe von 4.415.366 EUR vermieden werden. Es handelt sich um rein zinsinduzierte Marktwertveränderungen, die nicht als dauerhaft betrachtet werden.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	20.477.118
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.796.210

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Provisionsforderungen an Union Investment	8.461.502
Steuererstattungsansprüche aus Gewerbesteuer	3.140.724
Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftsteuer	4.220.535
Steuererstattungsansprüche aus Solidaritätszuschlag	232.130

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 1.875.659 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 2.218.033 EUR) enthalten.

Des Weiteren sind Prämien für Swaptions und Caps in Höhe von 2.625.834 EUR und Abgrenzungsposten auf Sachaufwand in Höhe von 2.467.144 EUR enthalten.

In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (5bb)	2.383.631	2.383.631

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 532.416.854 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	357.293.915	6.879.788	32.910.336	90.960.109
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	–	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	189.982.685	918.556.105	253.140.453	–

Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Abführung Kapitalertragsteuer	1.385.493
Gehaltsverpflichtungen	1.699.494
Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen	2.467.681
Abführung Lohn- und Kirchensteuer	758.788
Abführung Umsatzsteuer	515.190

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 30.246 EUR (Vorjahr: 46.962 EUR) enthalten.

Angaben zu den nachrangigen Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 1.651.535 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
Termingeld mit Nachrangabrede	11.926.000	EUR	3,00	31.12.2027
Termingeld mit Nachrangabrede	11.520.000	EUR	3,00	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	31.668.533	EUR	1,25	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	8.665.000	EUR	1,25	31.12.2029

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens fünf Jahre. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.683.389	3.306.656

Die im gezeichneten Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	199.168.216
b) der ausscheidenden Mitglieder	8.922.056
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.089.296
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR –

Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2025	69.992.388	204.771.193
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.430.000	9.644.574
Stand 31. Dezember 2025	71.422.388	214.415.767

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 2,000 %	4.136.670,29
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	1.000.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	4.304.455,42
Insgesamt	9.441.125,71

Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2025

	EUR
Aktivierung latenter Steuern (Überhang aktiver latenter Steuern)	17.684.466
	–

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr ein negativer Unterschiedsbetrag von 892.806 EUR ergibt.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Zinsswaps in Höhe von 1.337,0 Millionen EUR und Caps in Höhe von 75,0 Millionen EUR. Die Termingeschäfte wurden im Wesentlichen zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash-Flow-Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt.

Angabe in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	< = 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	60,0	550,0	727,0	1.337,0	41,5	-4,1
Zinsoptionen – Käufe	–	–	75,0	75,0	8,7	–

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der theoretische Marktwert der Zinsoptionen wird mit Hilfe der Black-Formel für europäische Zinsoptionen gerechnet. In das Bewertungsmodell fließen Marktzinssätze sowie handelsübliche Volatilitäten ein.

Bei Optionen erfolgte die Berechnung "Beizulegender Zeitwert" anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmt sich der Wert der Optionen insbesondere nach dem Wert des zugrundeliegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 75.000.000 EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 2.625.834 EUR (Aktiva 14) zu Buche.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinsaufwendungen sind negative Zinsen aus Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten enthalten. Diese belaufen sich auf 6.478 EUR (Vorjahr: 5.781 EUR).

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:

- für Zahlungsverkehr
- für Vermittlung von Investments (Union Investment)
- für Vermittlung von Krediten (easyCredit)

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.763.868
Mieterträge	842.088
Erlös aus Zuschreibung und Verkauf Grundstück und Gebäude	616.742
Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Aufwand Rechtsrisiken	431.688
Verluste aus Veräußerung und Abgang von Anlagevermögen	246.520
Außerordentliche Aufwendungen	
Im Zusammenhang mit der Projektarbeit zur Migration der IT-Anwendungen zum IT-Dienstleister Atruvia AG, Karlsruhe, sind a. o. Aufwendungen wie folgt angefallen:	6.181.760

E. Sonstige Angaben

An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von 1.811.376 EUR.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 289.187 EUR.

Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 805.120 EUR.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.233.281 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	8.379
Mitglieder des Aufsichtsrats	659.064

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung in Höhe von 11.719.612 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 433c Abs. 2 CRR) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	351,75	284,42

Außerdem wurden durchschnittlich 44,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2025	257.995	3.931.276
Zugang 2025	698	73.108
Abgang 2025	9.519	174.226
Ende 2025	249.174	3.830.158

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um		EUR	5.258.136
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um		EUR	—
Höhe des Geschäftsanteils EUR 52	Höhe der Haftsumme	EUR	—
	Max. je Mitglied	EUR	5.200

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstands

Peter Berger (Vorsitzender), Vorstandsmitglied Strategie, Personal und Produktion

Joachim Gorny, Vorstandsmitglied Steuerung, IT und Organisation

Peer Teske, Vorstandsmitglied Markt, Marke und Vertrieb (bis 18.01.2026)

Georg Spenger, Vorstandsmitglied Markt, Marke und Vertrieb (ab 01.03.2026)

Mitglieder des Aufsichtsrats

Berthold Ottmann (Vorsitzender), Erster Polizeihauptkommissar a.D.

Thorsten Weinert (stellv. Vorsitzender), Key-Account-Manager, DEVK Versicherungen

Norbert Zänkert, Angestellter, DB Cargo AG

Oliver Edelmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG

Kurt Dobrauer, Angestellter, DB Cargo AG

Peter Nitschmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG

Sabine Beier, Syndikusrechtsanwältin, DB Regio AG

Bettina Hinterseer (geb. Elfert), Psychologin M.Sc.

Christian Kaffl, Außenhandelskaufmann, Sparda-Bank München eG

München, 4. März 2026

Sparda-Bank München eG

Der Vorstand

Peter Berger

Joachim Gorny

Georg Spenger

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank München eG, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank München eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss
3. Wechsel des Rechenzentrums

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 5.212 Mio. EUR. Dies entspricht 56,2 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss

- a) Die Genossenschaft hatte im Jahresabschluss 2022 erstmalig von dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht und aktive latente Steuern im Jahresabschluss angesetzt. Die in der Bilanz im Aktivposten 15 ausgewiesenen aktiven latenten Steuern belaufen sich zum 31.12.2025 auf 17,7 Mio. EUR (Vorjahr 25,7 Mio. EUR). Die Differenz dieser Beträge ist als Aufwand in den Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV-Position 23) enthalten und reduzierte damit auch das Ergebnis des Geschäftsjahres 2025. Bei der Ermittlung der latenten Steuern sind nur Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz zu berücksichtigen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich ausgleichen werden (zeitliche Abweichungen) und insgesamt zu einer künftigen Steuerbe- bzw. -entlastung führen. Dabei sind alle berücksichtigungsfähigen Abweichungen vollständig in die Berechnung in Form einer Gesamtdifferenzenbetrachtung einzubeziehen. Im Falle eines Aktivüberhangs besteht ein Ansatzwahlrecht in Bezug auf die latenten Steuern. Die Bewertung des ermittelten Überhangbetrages hat mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz im Zeitpunkt des zukünftigen Abbaus der Bewertungsdifferenzen zu erfolgen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern bestehen in einem höheren Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter. Diese resultieren insbesondere bei der Beurteilung, ob mit den für die Zukunft zu erwartenden steuerlichen Entlastungen tatsächlich gerechnet werden kann oder ob Erkenntnisse bzw. Tatsachen vorliegen, die dies zweifelhaft erscheinen lassen. Daneben ist die rechnerische Ermittlung der aktivierten latenten Steuern mit erhöhten Fehlerisiken behaftet. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass die latenten Steuern nicht sachgerecht ermittelt wurden. Daher ist die zutreffende Berechnung der latenten Steuern angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand der von der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Gesamtdifferenzenbetrachtung der latenten Steuern davon überzeugt, dass ausschließlich zeitliche Abweichungen aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen aus Handels- und Steuerbilanz berücksichtigt wurden und permanente Differenzen nicht einbezogen wurden. Daneben haben wir die Vollständigkeit der Bewertungsdifferenzen geprüft und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Positionen gerichtet, bei denen typischerweise Sachverhalte auftreten, die zu zeitlichen Differenzen führen. Weiterhin haben wir die Ermittlung der verwendeten unternehmensindividuellen Steuersätze und deren sachgerechte Anwendung auf den aktivischen Überhangbetrag der ermittelten latenten Steuern nachvollzogen. Daneben haben wir die Unternehmensplanung der Genossenschaft plausibilisiert und auf dieser Basis nachvollzogen, dass davon auszugehen ist, dass zukünftig ausreichende steuerpflichtige Gewinne zu erwarten sind und somit in Zukunft mit den zu erwartenden steuerlichen Entlastungen aus den aktivierten latenten Steuern tatsächlich gerechnet werden kann. Abschließend haben wir uns von dem sachgerechten Ausweis der aktivierten latenten Steuern im Jahresabschluss überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Wechsel des Rechenzentrums

- a) Zur EDV-mäßigen Unterstützung des Rechnungswesens nahm die Genossenschaft bislang die Dienste der Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg, in Anspruch und nutzte deren EDV-Verfahren und EDV-Anlagen. Zur Erfüllung der Buchführungspflichten diente dabei insbesondere das Kernbankensystem „BASE“ der Sopra Financial Technology GmbH. Die Genossenschaft hat im März 2025 einen Wechsel des Rechenzentrums und eine Migration der Datenbestände zur Atruvia AG, Frankfurt am Main, durchgeführt. Dabei wurde unter anderem von der Anwendung „BASE“ auf das Kernbankensystem „agree21Banking“ migriert. Aufgrund der Komplexität sowie der Bedeutung des Migrationsprozesses für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus abgeleiteten Jahresabschlusses als Ganzes wurde die Migration im Rahmen unserer Prüfung als ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt eingestuft.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir insbesondere beurteilt, ob die Ordnungsmäßigkeits-, Richtigkeits-, Vollständigkeits- und Nachvollziehbarkeitsanforderungen an die Datenmigration erfüllt wurden. Dazu wurden bezüglich der relevanten Sachverhalte Aufbau- und Funktionsprüfungen durchgeführt. Im Rahmen unserer Prüfung erfolgte dabei auch die Verwendung von Prüfungsnachweisen, die von durch die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft beauftragte Sachverständige erstellt wurden. In Stichproben haben wir daneben die vollständige und ordnungsgemäße Migration von Bilanz- und Saldendaten nachvollzogen und uns von der Ordnungsmäßigkeit der Migration überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Migration sind im Anhang im Abschnitt „D.II Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie im Lagebericht in dem Abschnitt „II.3 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- » die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- » den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- » die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen - mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- » wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- » anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise,

die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- » erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- » beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- » ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- » beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- » beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- » führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- » Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- » Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- » Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- » Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Daniel Schmiederer.

Frankfurt am Main, den 17. April 2026

Verband der Sparda-Banken e.V.

Daniel Schmiederer
Wirtschaftsprüfer

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2025

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank München eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als in der Bundesrepublik Deutschland tätige Kreditgenossenschaft. Die Tätigkeit der Sparda-Bank München eG besteht darin, Einlagen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank München eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2025 148.280 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 536.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 19.258 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 9.715 TEUR und betreffen laufende sowie auch latente Steuern.

Die Sparda-Bank München eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Impressum

Herausgeber:
Sparda-Bank München eG

Redaktion:
Sparda-Bank München eG (V. i. S. d. P.),
Marketing & Kommunikation
Exhausting Kommunikation GmbH

Adresse:
Arnulfstraße 15, 80335 München
SpardaService-Telefon: 089 55142-400
Telefax: 089 55142-100
E-Mail: presse@sparda-m.de
www.sparda-m.de

**Konzeption, Gestaltung
und Bildbearbeitung:**
siro Production GmbH
Agentur für graphische Produktion
Büchelstraße 5-7, 66538 Neunkirchen,
www.siro.one

Exhausting Kommunikation GmbH
Ludwig-Erhard-Straße 6
20459 Hamburg
www.exhausting.de

Ausführende Druckerei:
Gotteswinter und FIBO
Druck- und Verlags GmbH
Joseph-Dollinger-Bogen 22
80807 München
www.gfdruck.de

DEINE GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank

München